

L-1 Demokratie sichern, Diskriminierung bekämpfen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 04.05.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Leitantrag zum Thema Demokratie stärken

1 Berlin: für viele die Stadt der Freiheit. Weltoffenheit, Vielfalt,
2 Selbstbestimmung – das
3 sind Versprechen unserer Stadt, wegen derer viele Menschen gerne herkommen, wegen
derer
Menschen gerne hier leben.

4 Es ist unser aller Aufgabe, dieses Versprechen zu schützen und einzulösen. Denn
5 zu Berliner
6 Realität gehört auch, dass viele Menschen sich in unserer Stadt nicht sicher
7 fühlen – weil
8 sie aufgrund ihrer (zugeschriebenen) Herkunft oder ihrer Religion, aufgrund
9 äußerlicher
10 Merkmale oder einer Behinderung, aufgrund von sexueller Orientierung oder
11 geschlechtlicher
12 Identität diskriminiert, beleidigt und körperlich angegriffen werden. Rassismus,
13 Antisemitismus, Antifeminismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nehmen
14 zu; immer
15 mehr rechtsextreme Gewalttaten verunsichern und bedrohen die Menschen in unserer
16 Stadt. Die
17 Polizei Berlin registriert in den erfassten Straftaten bei der politisch
18 motivierten
19 Kriminalität im Bereich der PMK-rechts einen anhaltenden Anstieg. Mit 2.294
20 erfassten Fällen
21 ergibt sich ein Plus von 5,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Mit 70 offenen
22 Haftbefehlen
23 stellt auch die Zahl der Rechtsextremist*innen auf der Flucht vor dem Staat die
24 größte
25 Gruppe im Bereich des Staatsschutzes dar. Hinzu kommen Gruppierungen die
26 rechtsextreme
Narrative und Strategien verfolgen und von den Sicherheitsbehörden in der seit
der Corona-
Pandemie stark angewachsenen Kategorie „nicht zuzuordnen“ geführt werden. Fest
steht damit

zweifellos: Rechtsextremist*innen, Verschwörungsideolog*innen und die Reichsbürgerszene sind aufgrund ihrer Gewaltbereitschaft gegen Leib und Leben die größte Gefahr für die Sicherheitslage in Deutschland und auch in Berlin. Die Opferberatungsstelle ReachOut dokumentierte für dasselbe Jahr 336 rechtsextreme, rassistische und antisemitische tätliche Angriffe in Berlin. Es ist ganz deutlich: die größte Bedrohung unserer Demokratie kommt von der extremen Rechten. Und das ist insbesondere für betroffene Menschen nicht neu. In unserer Gesellschaft ist rassistisches, antisemitisches, antimuslimisches und antifeministisches Gedankengut schon sehr lange weit verbreitet und für viele Menschen eine reale und große Bedrohung.

27 Multiple Krisen verstärken die Verunsicherung bei vielen Menschen: die Folgen der
28 Coronazeit
29 waren noch nicht ausgestanden, als Russland seinen völkerrechtswidrigen
30 Angriffskrieg auf
31 die Ukraine startete, dessen Auswirkungen auch in Deutschland und Berlin deutlich
zu spüren
waren. Insbesondere die gestiegenen Lebenshaltungskosten waren und sind für viele
Berliner*innen eine Herausforderung.

32 Multiple Krisen in der Welt und in Europa verstärken die Verunsicherung bei
33 vielen Menschen:
34 die Folgen der Coronazeit waren noch nicht ausgestanden, als Russland über seine
35 seit zehn
36 Jahren andauernden völkerrechtswidrigen Kriegshandlungen hinaus seinen
37 vollumfänglichen
38 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine startete. Der brutale
39 russische Terror
40 bringt täglich unfassbares Leid über die ukrainische Bevölkerung. Auswirkungen
41 dieses
42 Krieges sind auch in Deutschland und Berlin zu spüren . Insbesondere die
43 gestiegenen
44 Lebenshaltungskosten waren und sind für viele Berliner*innen eine
45 Herausforderung. Diese
46 ohnehin angespannte Situation wird weiter erschwert durch die Notlage der
47 ukrainischen
48 Geflüchteten, die in Berlin Zuflucht vor dem völkerrechtswidrigen Angriff
49 Russlands auf die
50 Ukraine suchen. Viele von ihnen stehen vor großen Herausforderungen, wie dem
51 Zugang zu

52 angemessenem Wohnraum und der Integration in den Arbeitsmarkt. Gleichzeitig
erleben Jüdinnen
und Juden in Berlin und weltweit eine Zunahme antisemitischer Vorfälle, verstärkt
durch die
jüngsten grausamen Terrorangriffe der Hamas auf Israel. Es besteht seitdem eine
erhöhte
Gefährdungslage extremistischer Terroranschläge. Auch die muslimische
Gemeinschaft,
insbesondere Palästinenser*innen, sind zunehmend von antimuslimischem Rassismus
betroffen,
welcher in politischen und sozialen Diskursen oft übergangen wird. Und über all
dem schwebt
gleichzeitig die Klimakrise, die unser aller Lebensgrundlagen bedroht. Von alldem
sind
vulnerable Menschen und Gruppen besonders betroffen. Und dennoch liefern sich
manche
Parteien einen populistischen Überbietungswettbewerb und versuchen, die
verletzlichsten
Gruppen gegeneinander auszuspielen, im Glauben, mit einfachen Versprechungen und
Parolen
Wähler*innen zu gewinnen.

53 Das hilft den Rechtsextremist*innen, die versuchen, diese krisenbehaftete Zeit zu
54 nutzen, um
55 ihre Ideologie weiter zu verbreiten, gegen Minderheiten zu hetzen und die
56 Demokratie zu
57 destabilisieren. Doch komplexe Probleme können nicht mit einfachen Antworten
58 gelöst werden.
59 Es ist Aufgabe aller demokratischen Parteien, diesem Angriff auf unsere
60 freiheitlich-
61 demokratische Grundordnung etwas entgegenzusetzen. Unsere Demokratie ist wehrhaft
62 und kann
63 und muss sich gegen Verfassungsfeinde verteidigen. Hierfür geben uns die Mütter
64 und Väter
65 des Grundgesetzes einen vollen Werkzeugkasten in die Hand: Die Möglichkeit,
verfassungswidrige Vereine zu verbieten, die Regelungen zur Verwirkung von
Grundrechten, die
beamtenrechtlichen Treuepflichten und die Möglichkeit zum nachrichtendienstlichen
Verfassungsschutz gehören ebenso zum Arsenal der wehrhaften Demokratie wie die
Möglichkeit,
verfassungswidrige Parteien von der staatlichen Finanzierung auszuschließen und
das scharfe
Schwert des Parteiverbots; zu eindrücklich hatten sie noch das Ende der Weimarer
Republik
vor Augen.

66 Wir suchen den Schulterschluss mit der engagierten Stadt- und Zivilgesellschaft,
67 die in
68 Initiativen, Vereinen und auf der Straße Haltung zeigt. Wir stehen an der Seite
69 von
70 Unternehmen, die unter den Eingewanderten Arbeits-, Fachkräfte und Auszubildende
71 suchen und
72 sich um ihre Integration bemühen. Die breite Reaktion auf die Veröffentlichung
73 der
74 Correctiv-Recherche, die vielen Demonstrationen der letzten Wochen und Monate mit
75 Millionen
76 von Menschen haben gezeigt: dieses Land und diese Stadt wollen nichts von den
77 Deportationsplänen der AfD und anderer Rechtsextremist*innen wissen und zeigt
78 deutlich: Nie
79 wieder ist jetzt! Viele Vereine, NGOs, zivilgesellschaftliche Bündnisse,
80 Unternehmen,
81 Gewerkschaften und Migrant*innenselbstorganisationen leisten hier seit Jahren
82 eine wichtige
und hervorragende Arbeit; sie weiter zu unterstützen ist essenziell und muss im
Berliner
Landeshaushalt eine Selbstverständlichkeit sein! Und unsere wehrhafte Demokratie
ist nur
dann wirklich wehrhaft, wenn diejenigen, die sie schützen, gut arbeiten können.
Statt nur
laut Law and Order zu schreien, muss der schwarz-rote Senat endlich Konzepte
entwickeln, wie
Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus in unserer Stadt besser
funktionieren kann!
Der Schutz der Demokratie darf gerade in Zeiten wie diesen nicht finanziell unter
die Räder
geraten. Auch wenn Einsparungen im Landeshaushalt nötig werden, darf hier nicht
der Rotstift
angesetzt werden.

83 **Zivilgesellschaft: wichtiges Standbein der Demokratie**

84 Eine engagierte Zivilgesellschaft ist eine wichtige Partnerin beim Schutz der
85 Demokratie. Es
86 ist unsere Aufgabe, sie in ihrer Arbeit zu stärken. Ein Demokratiefördergesetz
87 auf
88 Bundesebene wurde bereits unter der Vorgängerregierung von der ehemaligen
89 Bundesministerin
90 Giffey mehrfach angekündigt und immer wieder verschleppt. Deshalb begrüßen wir,
91 dass
92 Bundesministerin Lisa Paus ein Demokratiefördergesetz vorgelegt hat. Mit diesem
93 Gesetz zur
94 Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung,

95 Extremismusprävention
96 und politischen Bildung soll der Bund den gesetzlichen Auftrag zur Förderung von
97 Demokratie
98 und zur Extremismusprävention bekommen und sich dem Kampf gegen Rassismus,
Extremismus und
Menschenfeindlichkeit verpflichten. Ziel des Demokratiefördergesetzes ist eine
verlässliche
und bedarfsorientierte Förderung von Projekten zur Stärkung von Demokratie und
gesellschaftlicher Vielfalt. Zivilgesellschaftliche Initiativen erhalten damit
für ihre
Arbeit mehr Planungssicherheit und eine langfristige Perspektive. Ein wirksames
Demokratiefördergesetz ist ein überfälliges Vorhaben und darf nicht weiter durch
die FDP
blockiert werden. Wenn die Demokratie unter Druck gerät, braucht es ein klares
Signal an
diejenigen, die zivilgesellschaftlich für eine wehrhafte Demokratie eintreten.

99 Um zivilgesellschaftliche Strukturen und Bündnisse in Berlin nachhaltig zu
100 stärken, braucht
101 es auch auf Landesebene ein Demokratiefördergesetz. Die bündnisgrüne Fraktion im
102 Abgeordnetenhaus hat mit der Vorlage ihres Demokratiestärkungspakets gezeigt, wo
103 der Fokus
104 liegen muss: Mit 16 Millionen Euro sollten damit in den Jahren 2024 und 2025
105 Maßnahmen im
106 Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus, Antifeminismus und Queerfeindlichkeit
107 gebündelt
108 werden; der schwarz-rote Senat setzt im Rahmen des Doppelhaushalts allerdings die
109 falschen
110 Prioritäten. Die anhaltende Unsicherheit bei allen Initiativen, ob die im
111 Haushalt
ausgewiesenen finanziellen Mittel wirklich gezahlt werden oder doch wegen des
Sparzwangs
noch gestrichen werden, ist eine nicht hinnehmbare Situation und gefährdet auch
zunehmend
den Kampf für unsere Demokratie. Demokratiefördernde Projekte müssen gerade jetzt
ausreichend finanziert werden. Der Senat muss endlich Klarheit schaffen, wo er
sein
Milliardendefizit einsparen wird, und darf nicht länger die Initiativen dieser
Stadt am
ausgestreckten Arm verhungern lassen.

112 Viele Ehrenamtliche fühlen sich deshalb – nicht überraschend – von Schwarz-Rot im
113 Stich
114 gelassen. Gerade in einer Zeit, in der die Angriffe auf zivilgesellschaftliche
115 Projekte
116 zunehmen, in der Ehrenamtliche ihr Engagement nicht mehr angstfrei ausüben

117 können, ist das
118 genau das falsche Signal. Ehrenamtliches Engagement ist gelebte Demokratie. Sie
119 stärkt den
120 Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft. Wir sind dankbar für die tagtägliche
121 Arbeit der
122 Ehrenamtlichen unserer Stadt. Doch der Druck auf Ehrenamtliche steigt, auch in
123 der
124 Kommunalpolitik und den Bezirksverordnetenversammlungen. Journalist*innen und
125 Künstler*innen
sind genauso im Visier der Rechtsextremen wie demokratische Mandatsträger*innen.
Hier sind
alle demokratischen Parteien gefordert, geschlossen zueinander zu stehen. Und der
Berliner
Senat ist in der Pflicht, dass niemand allein gelassen wird, der*die einem
rechtsextremen
Angriff zum Opfer gefallen ist oder von Rechtsextremen unter Druck gesetzt wird.
Die
Anlaufstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt müssen deshalb dringend abgesichert
und besser
ausgestattet werden. Außerdem braucht es eine Stärkung der Aussteigerprogramme
für Menschen,
die dem rechtsextremen Milieu den Rücken kehren wollen.

126 **Die wehrhafte Demokratie verteidigen**

127 Das vor 75 Jahren, am 23. Mai 1949 in Kraft getretene Grundgesetz mit seiner
128 Verankerung von
129 Grundrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, gilt es mit allen Kräften zu
130 verteidigen.
131 Das Grundgesetz gibt uns aus der Erfahrung der Nazi-Diktatur heraus die Mittel
132 dafür. Es ist
133 unsere Verantwortung, sie im Kampf gegen Verfassungsfeinde auch zu nutzen. Wir
134 fordern
135 deshalb die Innen- und Justizressorts von Bund und Ländern auf, die
136 Voraussetzungen für
137 ein AfD-Verbot unverzüglich transparent und unterstützt durch externen
138 Sachverstand
139 abzuschließen, und fordern Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat auf, ein
140 Verbotsverfahren sodann beim Bundesverfassungsgericht auf den Weg zu bringen. Der
141 Berliner
142 Senat sollte dies beim Bund und im Bundesrat anstoßen. Das vom Grundgesetz
143 ermöglichte
144 Parteiverbot ist ein entscheidendes Puzzlestück, um unsere Demokratie zu retten.
145 Uns ist
146 jedoch auch bewusst, dass sich rechtsextremes Gedankengut nicht auf Knopfdruck
147 verbieten

lässt. Es braucht ein Bündel von Maßnahmen, die kurz-, mittel- und langfristig wirken müssen. Neben einer resilienten Zivilgesellschaft und guter Bildung und Prävention braucht es deshalb auch deutliche Schritte in der Justiz, der Polizei und beim Verfassungsschutz. Rechtsextremismus im öffentlichen Dienst muss konsequent geahndet werden und in allen Verwaltungen muss die Entfernung rechtsextremer Beamt*innen aus dem Staatsdienst konsequent verfolgt werden. Wir wollen prüfen, ob eine Verschärfung des Disziplinarrechts nach dem Vorbild des „Gesetzes zur Beschleunigung von Disziplinarverfahren in der Bundesverwaltung“ auch für das Land Berlin geboten ist, sowie die Fristen verlängern für das Disziplinarmaßnahmenverbot und Verwertungsgebot bei Verstößen gegen die beamtenrechtliche Verfassungstreuepflicht und gegen das politische Mäßigungsgebot.

148 Wir fordern, dass die jeweils obersten Dienstbehörden in diesen Fällen von der
149 Möglichkeit
150 Gebrauch machen, die Verfahren an sich zu ziehen, um eine einheitliche Anwendung
des
Disziplinarrechts zu gewährleisten.

151 **Keine Demokratiefeind*innen in der Berliner Justiz!**

152 Das Beispiel der rechtsextremen AfD-Politikerin Malsack-Winkemann, die als
153 ehemalige
154 Bundestagsabgeordnete einen gewalttätigen Umsturz plante, ist wohl das
155 bekannteste Beispiel
156 für Rechtsextreme im Richter*innenamt. Dass Menschen mit klar rechtsextremer
Grundhaltung in
Berlin Recht sprechen dürfen, wäre nicht hinnehmbar und insbesondere für
Menschen, die nicht
ins Weltbild der AfD passen, eine echte Bedrohung.

157 Zu einer starken, unabhängigen Justiz gehört, dass Richter*innen sich zur
158 freiheitlich
159 demokratischen Grundordnung bekennen. Die Neutralität und Unvoreingenommenheit
160 von
161 Richter*innen ist ein zentrales Prinzip unseres Rechtsstaats. In Berlin haben wir
162 uns
163 erfolgreich dafür eingesetzt das Instrument der Richteranklage einzuführen.
164 Dieses
165

166 Instrument eröffnet dem Parlament die Möglichkeit, mit einem Antrag an das
167 Bundesverfassungsgericht die Integrität eines Richters oder einer Richterin
168 überprüfen zu
lassen, wenn offensichtlich wird, dass er oder sie den Boden des Grundgesetzes
verlassen hat
und sich offen demokratiefeindlich verhält. Verfassungsfeind*innen haben an
Berliner
Gerichten nichts zu suchen! Darüber hinaus fordern wir den Senat dazu auf, sich
im Bundesrat
für eine Anpassung von § 58 Abs. 2 BVerfGG einzusetzen. Statt eines „Verstoßes im
Amt“
sollte Voraussetzung für die Richteranklage die Person selbst und ihr gesamtes
Verhalten zur
freiheitlichen demokratischen Grundordnung sein.

169 Rechtsextreme haben in ihren Netzwerken offensiv aufgerufen, sich für das
170 Schöffenamts zu
171 bewerben und so das Justizsystem zu unterwandern. Auch hier braucht es klare
Regelungen, um
zu verhindern, dass Demokratiefeind*innen Recht sprechen.

172 **Eine demokratisch aufgestellte Polizei schützt den Rechtsstaat - auch in den eigenen Reihen**

173 Die Sicherheitsbehörden sind ein unverzichtbarer Teil der Sicherheitsarchitektur.
174 Wenn die
175 Demokratie systematisch durch Bedrohung und Gewalt unter Druck gesetzt wird, sind
176 wir auf
177 handlungsfähige Behörden angewiesen, die die Gesellschaft, den Rechtsstaat und
178 seine
179 Institutionen schützen. Dabei stellen die politisch motivierte Gewalt im Bereich
180 Rechtsextremismus, die zunehmende Hasskriminalität, der erhöhte Sicherheitsbedarf
181 von
182 Politiker*innen und weiteren öffentlichen Personen auch für sie eine große
183 Herausforderung
184 dar. Als am 29. August 2020 Reichsbürger*innen und andere Rechtsextreme zusammen
185 mit einer
186 Mischung aus Querdenker*innen und Coronaleugner*innen den Reichstag stürmen
187 wollten, standen
188 ihnen im letzten Moment nur noch drei Polizisten gegenüber, die die Herzkammer
189 der
Demokratie verteidigten. Wenn Spitzenpolitiker*innen bedroht werden, so sind es
die
Personenschützer*innen von LKA und BKA, die dafür sorgen, dass die Betroffenen
dennoch
öffentliche Auftritte wahrnehmen können. Jeden Tag schützen Polizist*innen so –

und auf
vielfältige andere Art und Weise – unsere Demokratie. Für uns ist klar:
Polizist*innen sind
kein Einsatzmittel, sondern in erster Linie Menschen, die sich neben
Gefahrenabwehr und
Kriminalitätsbekämpfung der Verteidigung der Demokratie verpflichtet haben - und
oft genug
setzen sie dabei ihr eigenes Leben aufs Spiel. Wir stärken all jenen den Rücken,
die
innerhalb und außerhalb der Behörde für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie
eintreten.

190 Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen, gute Ausstattung, den Abbau des
191 Sanierungsstaus
192 sowie eine moderne, diverse und diskriminierungskritische Polizei ein. Wir
193 schützen die
Sicherheitsbehörden vor politischer Vereinnahmung und den
Unterwanderungsversuchen
rechtsextremer Kräfte.

194 Hierzu gehört eine Einstellungspraxis, die frühzeitig Anwärter*innen mit
195 problematischen
196 Einstellungen am Zugang zum Polizeidienst hindert. Sicherheitsbehörden wie die
197 Polizei waren
198 historisch und international betrachtet schon immer Anziehungspunkt für
Rechtsextreme u.a.
wegen dem Zugang zu Waffen und der Möglichkeit der Gewaltanwendung. Hierarchische
Strukturen
und ein tradiertes Männlichkeitsbild fördern dies und müssen überwunden werden.

199 Der Schutz der Demokratie ist eine der wichtigsten Aufgaben, die es im
200 Staatsdienst zu
201 erfüllen gilt. Wir müssen diesen Beruf so attraktiv gestalten, dass sich
202 hochqualifizierte
203 Menschen weiterhin dafür entscheiden. Dazu gehören selbstverständlich gute
204 Arbeitsbedingungen und ein attraktives Arbeitsumfeld. Die Instandsetzung von
205 Polizeiwachen
206 ist deshalb kein nice to have, sondern elementar für die gute Arbeit der Polizei.
207 Die vielen
208 Überstunden, die die Polizei jedes Jahr ansammelt, dürfen nicht zum Normalzustand
209 werden.
210 Eine angemessene Work-Life-Balance und Familienfreundlichkeit machen den Beruf
211 deutlich
212 attraktiver und entsprechen dem Anspruch der heutigen Arbeitswelt. Physische und
213 psychische
Gesundheit und Stabilität stehen gerade aufgrund der Herausforderungen des

Polizeiberufs

besonders im Fokus. Wir haben mit dem Gesetz über die psychosoziale Notfallversorgung für das Land Berlin einen wichtigen Schritt zur Schaffung von Strukturen für Betroffene als auch für Einsatzkräfte geschaffen. Darüber hinaus setzen wir uns weiterhin für eine Verstärkung und Stärkung der Supervisionangebote bei der Berliner Polizei ein. Insgesamt braucht es mehr Zeit und Aufmerksamkeit für die Einsatznachbereitung belastender und schwieriger Einsätze bis hin zum Umgang mit Dienstunfällen durch traumatisierende Einsätze oder Einsatzfolgen.

214 Die Berliner Polizeiausbildung hat in den letzten Jahren deutlich an Qualität
215 gewonnen.
216 Gerade in einer diversen Stadtgesellschaft wie der unseren, bleibt es zentral,
217 dass sie
218 diskriminierungskritisch und diversitätssensibel ausgestaltet ist. Neben einem
219 ausdrücklichen gesetzlichen Verbot von Racial und Social Profiling fordern wir
220 die
221 Einführung niedrigschwelliger und unbürokratischer Nachweis- und
222 Aufklärungspflichten
223 (Kontrollquittung), so dass jede*r weiß, warum sie*er kontrolliert worden ist und
224 die
225 Implementierung von Community-Policing-Konzepten. Fälle von rechtswidriger
226 Polizeigewalt
227 müssen konsequent geahndet werden und neben disziplinarrechtlichen auch
228 strafrechtliche
229 Folgen haben. Die Anwendung von Gewalt durch die Polizei ist im Rahmen des
230 staatlichen
231 Gewaltmonopols als ultima ratio nur unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt und
232 dann nur in
233 einem verhältnismäßigen Ausmaß. In Fällen von Willkür und Machtmissbrauch durch
234 die Polizei
hat sich das System "Polizei ermittelt gegen Polizei" nicht bewährt. Berlin braucht eine unabhängige Ermittlungsbehörde bei Fällen von Fehlverhalten durch die Polizei. Strafverfahren gegen Polizeibeamt*innen werden durch die Justiz sehr viel häufiger eingestellt als in anderen Verfahren. Es kommt nur äußerst selten zu einer Anklage und noch seltener zu einer Verurteilung oder einem Strafbefehl. Die Schwelle für ernsthafte Ermittlungen und eine Anklageerhebung ist deutlich höher als in anderen Strafverfahren.

Diese schwierige Ausgangslage ist auch einer der Hauptgründe, warum nur ein geringer Teil der Opfer von Polizeiwillkür überhaupt Anzeige erstattet. Wir wollen Betroffene von Polizeigewalt besser schützen und stellen uns der Bagatellisierung und Normalisierung jeglicher Form von Gewaltanwendung durch Sicherheitsbehörden entgegen.

235 Für Spezialisierungen im Bereich des Staatsschutzes braucht es zudem einen
236 organisierten
237 Wissenstransfer. Das gilt auch bei der Auswahl und Besetzung von Leitungsstellen
238 im
239 polizeilichen Staatsschutz. Darüber hinaus muss er für den Phänomenbereich
Rechtsextremismus
sowie im Bereich der Hasskriminalität gestärkt werden. Zur besseren
Analysefähigkeit sollen
verstärkt Open Source Intelligence-Expert*innen zum Einsatz kommen.

240 Die Polizei als Behörde hat einen so hohen Stellenwert, da sie als ausführender
241 Arm des
242 Gewaltmonopols des Staates besondere Verantwortung trägt. Dies ist ein hohes
243 Privileg und
244 bringt große Macht mit sich. Dass in einem Rechtsstaat eine solche Übertragung
245 immer mit
246 einer intensiven Kontrolle einhergehen muss, ist für uns selbstverständlich.
247 Daher ist es
248 entscheidend, dass wir nicht die Augen davor verschließen, dass auch innerhalb
249 der Berliner
250 Polizei Rechtsextremismus auftritt. Dies anzuerkennen ermöglicht es, verloren
251 gegangenes
252 Vertrauen wiederherzustellen. Dafür braucht es auch strukturelle Änderungen.
253 Daher ist es
254 gut, dass es neben internen Beschwerdestrukturen mit dem Polizei- und
255 Bürgerbeauftragten nun
256 auch eine unabhängige Stelle gibt, die kontaktiert werden kann, wenn
257 Fehlverhalten zutage
258 tritt. Denn gerade im Falle der Polizei als ausführendem Arm des staatlichen
259 Gewaltmonopols
260 braucht es eine besondere Sensibilität für die Verantwortung und Vorbildwirkung
261 in der
262 Gesellschaft. Der immer wieder erhobene Vorwurf des Generalverdachts ist fernab
263 jeder
264 Realität und erweist sich auch im zweiten Berichtsjahr des Berliner Bürger- und
265 Polizeibeauftragten als populistische Stimmungsmache. Die Arbeit des Beauftragten
266 stärkt
nachweislich Vertrauen und Akzeptanz bei den Beschwerdeführenden. Der diesjährige

Bericht

zeugt gleichzeitig von erheblichem Verbesserungsbedarf der polizeiinternen Fehlerkultur.

Wenn die Behörde Anfragen nicht nachkommt oder Berichte schönschreibt, ist das inakzeptabel.

Perspektivisch braucht der Beauftragte mehr Kompetenzen, insbesondere um in laufenden

Verfahren, in denen bisher Akteneinsicht verweigert wird, eine Schlichtung zu ermöglichen.

Perspektivisch sollen auch Ermittlungsverfahren gegen Polizist*innen von einer unabhängigen

Ermittlungsstelle geführt werden, wie dies in anderen europäischen Ländern bereits heute

Standard ist. Die Polizei und die Innenverwaltung müssen sich mit dem Bericht gewissenhaft

auseinandersetzen und die angesprochenen Probleme konsequent angehen.

Fehlverhalten muss

aufgeklärt und nachgegangen werden und Extremismus entschieden entgegnet werden. Die

Berliner Polizeistudie zeigt dabei strukturelle Maßnahmen auf, die dazu beitragen, einen

demokratiestärkenden Kulturwandel voranzutreiben als auch den Anspruch eine modernen

Hauptstadtpolizei in einer vielfältigen Weltmetropole zu festigen.

267 Dass die Verfolgung und Aufklärung von über 380 rechtsextremer Straftaten beim
268 Berliner LKA
269 jahrelang unbearbeitet blieben, ist ein Skandal und darf sich nicht wiederholen.
Wir dürfen
die Betroffenen nicht alleine lassen.

270 Diese Verschleppung muss detailliert aufgeklärt und es müssen entsprechende
271 disziplinarrechtliche Konsequenzen getroffen werden. Mögliche Zusammenhänge mit
272 dem
273 sogenannten "Neukölln-Komplex" müssen untersucht werden. Es müssen außerdem
274 Maßnahmen
ergriffen werden, um sicherzustellen, dass ein solches strukturelles Versagen
sich nicht
wiederholt.

275 **Die Verfassung schützen – Gefahren für die Demokratie und den Rechtsstaat erkennen**

276 Der Schutz unserer Verfassung, der darin verankerten Grundrechte und unserer
277 Staatsorganisation gegen verfassungsfeindliche Angriffe und Bestrebungen, ist

278 eine vom
279 Grundgesetz vorausgesetzte zentrale gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche
280 Aufgabe.
281 Den Herausforderungen zum Schutz der Demokratie gerade in Zeiten der Bedrohung
282 durch
283 Rechtsextremismus, der Einflussnahme von außen und gezielter Desinformation muss
284 der Staat
285 mit seinen Institutionen und Mitteln durch effektive Früherkennung im
286 Gefahrenvorfeld
287 konsequent entgegenzutreten. Diese Aufgabe muss unter systematischer Einbeziehung
288 von
289 Engagement und Wissen der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft erfüllt werden.
290
291 Trotz der erfolgreichen Interventionen des Verfassungsschutzverbundes bei der
292 Verhinderung
293 extremistischer Anschläge in den letzten Jahren und seiner Beiträge zur
294 Aufdeckung
295 russischer und chinesischer Spionagekampagnen wird die Tätigkeit des
296 Verfassungsschutzes
297 zurecht kritisch betrachtet. Die Verfassungsschutzämter des Bundes und der Länder
sind ihren
Aufgaben durch ihre langjährige Blindheit auf dem rechten Auge und
Stigmatisierung linken
Protestes, dem Versagen im NSU-Komplex, V-Leute-Skandalen und Fehlern im
Zusammenhang des
Breitscheidplatz-Anschlages zu oft nicht gerecht geworden. Wir wären heute im
Kampf gegen
Rechtsextremismus auch im Land Berlin wesentlich weiter, wenn mit Hans-Georg
Maaßen nicht
jahrelang ein Rechtsextremist an der Spitze des Bundesverfassungsschutzes
gestanden hätte.
Die rechtsextreme Anschlagsserie in Neukölln, der Umgang mit Feindeslisten oder
illegalen
Datenweitergaben haben auch in Berlin vor allem bei Betroffenen Vertrauen
gekostet. All das
belegt, dass der Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form zu oft nicht
funktioniert und die
Kernaufgabe der Früherkennung in Teilen sogar behindert hat.

298 Wir halten es weiterhin für richtig, durch eine strukturelle Neuordnung eine
299 effektive
300 Alternative als Weiterentwicklung der bestehenden Verfassungsschutzarchitektur zu
301 schaffen
302 und so die Wehrhaftigkeit von Staat und Gesellschaft zu stärken.
303
304 Es braucht zwei Säulen mit einem unabhängigen, anhand öffentlicher Quellen

305 arbeitenden
306 Institut zum Schutz der Verfassung sowie einen rechtsstaatskonformen, von
307 polizeilichen
308 Aufgaben klar abgegrenzten nachrichtendienstlichen Verfassungsschutz mit klarer
309 Fokussierung
310 auf die Früherkennung von staatsgefährdenden Straftaten, Desinformation, Spionage
311 und
Terrorismus. Dadurch wird die Analysefähigkeit gestärkt und der in Wissenschaft
und
Zivilgesellschaft vorhandene Sachverstand über verfassungsfeindliche Bestrebungen
systematisch genutzt. Wir bedauern, dass Schwarz-Rot der von uns geforderten
wissenschaftlichen Untersuchung der Arbeitsweise des Verfassungsschutzes eine
Absage erteilt
hat. Diese ist Grundvoraussetzung, um Aufgaben, Prioritäten und Ressourcen der
aktuellen
Herausforderungen bewerten und neu justieren zu können.

312 Die überfällige Überarbeitung des Verfassungsschutzgesetzes muss neben der
313 lückenlosen
314 Umsetzung der verfassungsgerichtlichen Vorgaben, den Blick auf die aktuellen
315 Bedrohungslagen
316 schärfen sowie eine angemessenen transparente Informationsarbeit auch zu
317 Verdachtsfällen
318 ermöglichen. Die Finanzströme von Verfassungsfeinden müssen aufgeklärt und
319 unterbrochen
320 werden. Es braucht darüber hinaus nachvollziehbare Berechtigungskonzepte und
321 Dokumentationspflichten sowie die gesetzliche Begrenzung und Präzisierung des
322 Einsatzes
323 menschlicher Quellen, den wirksamen Schutz der Bürger*innenrechte, insbesondere
324 des
325 Kernbereichs der persönlichen Lebensgestaltung und die Sicherstellung
326 strafrechtlich
327 relevanter Informationen. Aufsichtliche Vorabkontrollen beim Einsatz
328 nachrichtendienstlicher
329 Mittel, digitalisiertes Arbeiten und Diversitätsförderung müssen regelhaft
implementiert
werden.

Mit einem Verfassungsschutz-Kontrollgesetz wollen wir die bestehenden Kontroll-
und
Informationsrechte zur Stärkung der Nachvollziehbarkeit über
Informationsgewinnung,
nachrichtendienstliche Tätigkeiten und Bewertungsmaßstäbe verbessern. Auch
braucht es analog
zum Bund die Möglichkeit für Mitarbeitende des Berliner Verfassungsschutzes, sich
in

dienstlichen Angelegenheiten sowie bei innerdienstlichen Missständen an den Verfassungsschutzausschuss des Abgeordnetenhauses zu wenden.

330 Unbenommen dessen befinden wir uns derzeit in der herausfordernden Situation,
331 dass die AfD
332 den Verfassungsschutz delegitimiert, weil er die Institution sein könnte, die
333 entscheidende
334 Belege für ihre Verfassungswidrigkeit liefern könnte. Der Berliner Senat steht in
335 der
336 Pflicht, die beim Verfassungsschutz vorliegenden Informationen in die Prüfung
eines
Parteiverbotsverfahrens einfließen zu lassen. Dazu gehört auch sicherzustellen,
dass keine
Hinderungsgründe durch V-Leute bestehen, wie es beim ersten NPD-Verbotsverfahren
der Fall
war.

337 **Rechtsextreme und kriminelle Strukturen aufdecken und austrocknen**

338 Durch den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur rechtsextremen
339 Anschlagsserie in
340 Neukölln zeigt sich: Es sind keine Einzelfälle. Rechtsextreme Netzwerke müssen
341 bei
Ermittlungsbehörden und Staatsanwaltschaften als solche erkannt, analysiert und
als
tatsächliche Gefahr anerkannt werden.

342 Um kurz- und mittelfristig Rechtsextremen die Möglichkeit zu nehmen, ihre
343 menschenverachtende Ideologie auch noch staatlich finanziert weiter zu
344 verbreiten, müssen
345 wir alle Mittel nutzen, um ihre Strukturen aufzulösen. So sind parallel zur
346 Prüfung des AfD-
347 Verbots Vereinsverbote beispielsweise gegen die Junge Alternative zu prüfen und
verfassungsfeindlich agierende Stiftungen und Vereine müssen von der öffentlichen
Finanzierung ausgeschlossen werden.

348 Bei der Finanzierung demokratiefeindlicher Bestrebungen sind Geldflüsse aus
349 illegalen und
350 kriminellen Quellen stärker in den Blick zu nehmen. Gleiches gilt für
351 ausländische Einflüsse
352 wie etwa Geldflüsse aus Russland, die überprüft und ausgetrocknet werden müssen;
Gewerbe,
die mit Rechtsextremen und anderen Verfassungsfeinden in Zusammenhang stehen,
müssen stärker
überprüft werden, auch um Geldwäsche zu verhindern.

353 Entscheidend ist auch die konsequente Entwaffnung von Demokratiefeind*innen. Es
354 muss das
355 Ziel sein, dass weder legale noch illegale Waffen in die Hände von
356 Rechtsextremist*innen
357 gelangen. Wir fordern dazu eine bundesrechtliche Verschärfung des Waffenrechts.
Außerdem
muss der Senat die notwendigen Kapazitäten in der Berliner Waffenbehörde zur
Durchführung
von Waffenkontrollen, Zuverlässigkeitsüberprüfungen und Erlaubniswiderrufe
schaffen.

358 **Abgeordnetenhaus und Verfassungsgericht resilienter machen**

359 Berlin ist eine weltoffene Stadt; die Möglichkeit, dass Verfassungsfeinde die
360 stärkste
361 Fraktion stellen, scheint hier und heute undenkbar. Dennoch muss das Parlament
362 auch bei
363 einem Erstarken rechtsextremer Kräfte handlungsfähig bleiben und die Wahl einer*s
364 demokratischen Parlamentspräsidenten*in sicherstellen. Anders als das Grundgesetz
365 sieht die
366 Landesverfassung bisher vor, dass die stärkste Fraktion das Vorschlagsrecht für
367 die*den
368 Präsidenten*in hat. Eine Änderung sollte dagegen das freie Mandat der
369 Abgeordneten in den
370 Vordergrund stellen. Auch die Leitung der konstituierenden Sitzung des Parlaments
371 sollte
372 nicht länger dem ältesten (so bisher die Geschäftsordnung des
Abgeordnetenhauses), sondern
wie im Bundestag dem Mitglied des Parlaments zufallen, das diesem am längsten
angehört. Bei
der Wahl zum Regierenden Bürgermeister vor einem Jahr ist es Kai Wegner erst im
dritten
Wahlgang gelungen, die erforderliche Mehrheit zu erhalten. Gleichwohl hat sich
gezeigt, dass
auch in Berlin der dritte Wahlgangs nicht eindeutig genug geregelt ist. Um einen
möglichen
Missbrauch zu verhindern, wollen wir klarstellen, dass auch im dritten Wahlgang
nur gewählt
ist, wer mehr Stimmen als Gegenstimmen erhält.

373 In den letzten Jahren konnten wir selbst bei unseren polnischen Nachbarn
374 beobachten, wie
375 Gerichte von rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften ausgehöhlt werden.
376 Auch nach
377 der Abwahl der rechtspopulistischen PiS-Regierung wird es Jahre dauern und enorme
378 Anstrengungen aller demokratischen und zivilgesellschaftlichen Kräfte benötigen,

379 um Polen
380 wieder ein gesichert rechtsstaatliches Fundament zu geben. Mit Sorge sehen wir,
381 wie Kräfte
382 der alten Regierung weiterhin mit allen Mitteln versuchen, die demokratische
383 Entscheidung
384 der polnischen Wähler*innen auszuhöhlen. Wir stehen an der Seite unserer
385 Freund*innen von
386 Partia Zieloni und allen Demokrat*innen in Polen. Wir wollen von ihren
387 Erfahrungen im Umgang
388 mit antidemokratischen Kräften lernen. Diese Erfahrungen zeigen uns, wie
389 angreifbar unsere
390 demokratischen Strukturen sind und wie wichtig deren Sicherung.
Um die Unabhängigkeit des Verfassungsgerichtshofs zu sichern, sollten zentrale
Regelungen in
der Landesverfassung verankert werden: In Berlin ist die Amtszeit der
Richter*innen, die
Bindungskraft ihrer Entscheidungen und die Organisationshoheit des Gerichts
bisher nur
einfachgesetzlich geregelt. Auch die Aufgaben des Verfassungsgerichts sind bisher
nur
unvollständig in der Landesverfassung geregelt – so fehlt zum Beispiel die
Wahlprüfung. Hier
streben wir Verbesserungen an, um den Berliner Verfassungsgerichtshof gegen
antidemokratische Kräfte abzusichern - dazu werden wir mit den demokratischen
Parteien und
Fraktionen ins Gespräch gehen.

391 **Straftaten auch im Netz konsequent verfolgen und Cybersecurity ernst nehmen**

392 Online-Hetze und -Mobbing, digitales Stalking, Doxing, Einschüchterung und das
393 Hacken von
394 Accounts nehmen stetig zu. Frauenhass, Sexismus, Rassismus und extremistische
395 Ideologien
sind häufige Ursachen für diese Taten. Unsere Gesellschaft und Demokratie stehen
folglich
auch online unter Druck.

396 Mitarbeitende in Sicherheitsbehörden benötigen die nötige Ausbildung, um unsere
397 Sicherheit
398 auch im digitalen Raum gewährleisten zu können. Mitarbeitende der
399 Strafverfolgungsbehörden
400 müssen entsprechend weitergebildet und sensibilisiert werden und es braucht eine
401 Stärkung
402 und engere Kooperation mit Betroffenenorganisationen wie zum Beispiel HateAid.
403 Außerdem
setzen wir uns für eine Anpassung des rechtlichen Rahmens in Bezug auf

Datenschutz und

Anerkennung von Hasskriminalität ein. Bereits fehlende Sensibilität beim Erfassen von

Straftaten kann dazu führen, dass politische Motive nicht erkannt werden oder als vermeintlich kleine Straftaten abgetan werden.

404 Digitale Gewalt bedroht besonders Frauen und Mädchen, LSBTIQ*, Schwarze Menschen
405 und People

406 of Color. Und auch Journalist*innen, ehrenamtlich politisch Aktive und
Aktivist*innen

geraten zunehmend unter Druck.

407 Diese digitale Gewalt muss konsequent verfolgt werden. Dafür braucht es eine
408 Modernisierung

409 der Strafverfolgung zum Beispiel über den Ausbau der Möglichkeit zur digitalen
410 Anzeige, den

411 Aufbau einer Anlaufstelle, die nach dem erfolgreichen hessischen Vorbild "Hessen
gegen

Hetze" als Kompetenzzentrum und Koordinationsstelle dienen soll, sowie
Schwerpunktstaatsanwaltschaften.

412 Darüber hinaus braucht es eine Strategie gegen Desinformation. Irreführende,
413 falsche und

414 manipulative Informationen, Bilder und Videos sollen Menschen mit ihrer
415 Wahrnehmung und

416 Haltung und damit die öffentliche Meinung beeinflussen. Gerade mit den
gewachsenen

Möglichkeiten durch Künstliche Intelligenz stellt das eine massive Gefährdung für
unsere

Demokratie dar - insbesondere, wenn Wahlen so beeinflusst werden.

417 Fake News destabilisieren das Fundament der Demokratie. Ihnen müssen wir
418 entgegenwirken,

419 denn nur, wenn Bürger*innen sich unabhängig informieren können, können sie freie
420 Entscheidungen zum Beispiel im Rahmen demokratischer Wahlen treffen. Algorithmen

421 müssen

transparent sein, damit die Sichtbarkeit von Inhalten und die öffentliche
Meinungsbildung

nicht künstlich manipuliert wird.

422 Social Media Anbieter tragen hier eine hohe Verantwortung. Sie müssen
423 verpflichtet werden,

424 stärker tätig zu werden, wenn Hass und Hetze oder Falschinformationen auf ihren
425 Plattformen

426 verbreitet werden. Und es muss nachvollziehbar sein, wer auf diesen Netzwerken

427 unterwegs
428 ist; für jede Onlinebestellung gelten strengere Anforderungen an Integrität und
429 Authentizität als für Social Media Plattformen. Durch den nachdrücklichen Einsatz
430 unserer
431 Grünen Europaabgeordneten haben wir die europäische Verordnung über digitale
432 Dienste mit auf
den Weg bringen können, die ein sicheres und vertrauenswürdiges Online-Umfeld
schafft, die
Grundrechte von Nutzer*innen dieser Plattformen stärker schützt und für sie mehr
Transparenz
herstellt. Wir werden darauf hinwirken, dass digitale Vermittlungsdienste stärker
in die
Pflicht genommen werden und die nun vorhandenen Regulationsmöglichkeiten,
einschließlich von
Sanktionen vollends ausgeschöpft werden.

433 Wir fordern vom Senat massive Investitionen in digitale Aufklärung und
434 Medienkompetenz sowie
435 Verzahnung und Förderung der Zusammenarbeit zwischen Verwaltungen,
436 Technologieunternehmen
437 und Zivilgesellschaft, um Missbrauch über Bots so kleinteilig zu kontrollieren,
438 wie er
439 auftritt. Sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Kontext muss
440 Medienbildung eine
441 größere Rolle spielen. Wir setzen uns für die Stärkung der Bundeszentrale für
442 politische
443 Bildung in den Bereichen Medienbildung und Medienkompetenz ein. Nur wenn junge
444 Menschen früh
lernen, Fake News und Desinformation zu erkennen, können sie als mündige
Bürger*innen in der
Demokratie freie Entscheidungen treffen. Für die Entwicklung und Implementierung
von KI-
Systemen, die Bots erkennen und bekämpfen, ist ein gezieltes Berliner
Technologieförderprogramm notwendig. Der Senat muss eine kontinuierliche Revision
und
Anpassung der Gesetze auf allen Ebenen sicherstellen, um mit Technologie und
Taktik der
Manipulation Schritt zu halten und ihr besser vorbeugen zu können.

445 Die Bedrohung durch Cyberangriffe und Cybercrime wächst - sowohl durch Kriminelle
446 als auch
447 durch ausländische staatliche Akteure wie beispielsweise Russland. Der Berliner
448 Senat muss
449 die Integrität der digitalen Infrastruktur sicherstellen. Angriffe von Hackern
450 auf
451 öffentliche und private IT-Systeme müssen abgewehrt werden; die Daten der

452 Bürger*innen
453 müssen geschützt bleiben. Für das Worst Case Szenario eines erfolgreichen
454 Cyberangriffs gilt
455 es vorbereitet zu sein. Für eine gelungene Aufstellung im Bereich der IT-
456 Sicherheit braucht
457 es eine Cybersicherheitsstrategie des gesamten Senats. Diese ist unter Einbindung
458 der
459 Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu entwickeln. Nur so ist sichergestellt, dass
460 sie den
461 nötigen ganzheitlichen Ansatz berücksichtigt. Die Maxime ist, mutmaßliche
462 Angriffe so
463 schnell wie möglich zu erkennen, den Schaden so gering wie möglich zu halten und
464 eine
465 möglichst kurze Wiederanlaufzeit der Systeme zu haben. Hierzu gehört, dass alle
466 Berliner
467 Behörden entsprechende Vorbereitungsmaßnahmen treffen und gängige IT-Sicherheits-
468 Standards
469 einhalten. Damit alle zuständigen Berliner Behörden bei einem Cyberangriff
470 effektiv und
471 abgestimmt gemeinsam reagieren können, braucht es ein Berliner Kompetenzzentrum
472 IT-
473 Sicherheit (BeKIS), das als Informations-, Kooperations- und
Koordinationsplattform alle
zuständigen Landesbehörden vernetzt. Zudem sollen Cybersicherheitsübungen
etabliert werden.
Dabei hat der Schutz der Bürger*innen höchste Priorität. Für die Verwaltung und
besonders
die kritische Infrastruktur (KRITIS) ist die Bedrohung besonders groß: die
erhebliche
Reichweite und Auswirkung eines Angriffs machen sie zu einem besonders lohnenden
Ziel und
gleichzeitig sind die IT-Strukturen der Verwaltung in einem unzeitgemäßen
Zustand. Es drohen
der Verlust von sensiblen, persönlichen Daten, Identitätsdiebstähle, Spionage und
der
Zusammenbruch von Dienstleistungen. Damit droht nicht zuletzt auch ein massiver
Vertrauensverlust der Bürger*innen in die Verwaltung und damit in den Staat und
den
staatlichen Schutz. Um IT-Sicherheit auf einem hohen Niveau in Berlin
gewährleisten zu
können, braucht es daher Mindestsicherheitsanforderungen, eine klare
Aufgabenverteilung und
präzise beschriebene Befugnisse der handelnden Behörden. Dies kann nur auf
gesetzlicher
Basis geregelt werden - denn nur der Gesetzgeber kann solch wesentlichen
Entscheidungen
demokratische Legitimation verschaffen. Ein solches Berliner IT-Sicherheitsgesetz

muss der
Senat zeitnah vorlegen.

474 **Pressefreiheit stärken und den ÖRR schützen**

475 Nicht nur online steht die freie Presse unter Druck. Übergriffe auf
476 Journalist*innen haben
477 in den vergangenen Jahren zugenommen - wer von Querdenker*innen-Demos während der
478 Coronazeit
479 berichtet hat, musste damit rechnen, beleidigt oder gar körperlich attackiert zu
480 werden.
481 Diese Übergriffe sind eine ernsthafte Gefahr für unabhängige Berichterstattung
482 und insgesamt
483 für eine unabhängige Presse - und damit für unsere Demokratie; denn Demokratie
lebt von
unterschiedlichen Meinungen und einer freien Presse, die darüber berichtet, damit
Bürger*innen eine informierte Entscheidung treffen können. Deutschland ist
aufgrund dieser
Entwicklung im internationalen Pressefreiheit-Ranking von Reporter ohne Grenzen
auf Platz 21
abgerutscht. Nach Sachsen war Berlin das Bundesland, das am zweitstärksten
betroffen war.

484 Diese Entwicklung nehmen wir nicht hin. Pressevertreter*innen müssen frei und
485 unabhängig
486 ihren Job machen können. Übergriffe auf Demos müssen genauso konsequent bekämpft
werden wie
digitale Gewalt gegen Journalist*innen!

487 Zum Schutz der Unabhängigkeit des Journalismus gehört auch der Schutz des
488 öffentlich-
489 rechtlichen Rundfunks. Auch dieser steht zunehmend unter Druck von rechts außen.
490 Um ihn
besser zu schützen, sollte der Medienstaatsvertrag durch eine Zustimmungspflicht
des
Abgeordnetenhauses auch bei Kündigung von Staatsverträgen zusätzlich abgesichert
werden.

491 **Vertrauen in die Demokratie stärken, Bildung und Prävention ausbauen**

492 Bildung spielt eine essenzielle Rolle, um Heranwachsenden
493 Partizipationsmöglichkeiten zu
494 eröffnen, demokratische Werte zu vermitteln und das Vertrauen in die
495 demokratischen
496 Institutionen zu stärken. Dabei geht es nicht nur um Politik als eigenständiges

497 Schulfach,
498 sondern auch darum, dass alle Beteiligten den Schulalltag als demokratisches
499 Miteinander
500 leben und gestalten. Ein Begegnen auf Augenhöhe und echte
501 Mitbestimmungsmöglichkeiten für
502 Heranwachsende, die Selbstwirksamkeit erfahren lassen, sind dabei von
503 unschätzbarem Wert.
504 Lernende sollten auch über ihre Bildungsinhalte noch stärker aktiv mitentscheiden
505 können. Beteiligungskonzepte sollten in allen Berliner Kitas konsequent umgesetzt
506 werden; das
507 hierfür notwendige Fachpersonal muss zeitnah ausgebildet, der Kind-Fachkraft-
508 Schlüssel
509 entsprechend angepasst werden. Denn wenn Kinder frühzeitig lernen, dass die
510 eigene Stimme
511 etwas zählt, sind sie später weniger anfällig für autokratische Strukturen und
512 werden zu
513 mündigen Bürger*innen, die die Demokratie wertschätzen.
514
515 Wir fordern die Erhöhung der relevanten Haushaltsposten zur Unterstützung für
516 Lehrkräfte und
517 Schüler:innen gegen Antisemitismus und antimuslimischen sowie alle anderen Formen
518 von
519 Rassismus an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie in
520 Ausbildungsbetrieben. Die
521 derzeitige Finanzierung, wie sie im Berliner Haushalt vorgesehen ist, reicht vor
522 dem
523 Hintergrund der aktuellen Lage an Berliner Schulen und außerschulischen Orten der
524 Begegnung
von Jugendlichen für eine qualitativ nachhaltige Arbeit, die stadtweit notwendig
ist, nicht
aus. Es braucht eine strukturelle Verstetigung und Erhöhung der Finanzierung für
Träger, die
mit, an oder in schulischen und außerschulischen Lernorten für einen
interreligiösen,
friedlichen Dialog und globalen Ideenaustausch arbeiten, Wissen über Länder
weltweit
vermitteln und mit ihren Materialien und Angeboten Schulen und Betriebe
unterstützen.
Hierbei soll auch die deutsche Kolonialgeschichte kritisch erarbeitet werden, um
Jugendliche
für Machtungleichverhältnisse zu sensibilisieren.
Wir sehen es zudem als zwingend notwendig an, dass Lehrkräfte und das Personal an
den
Schulen und Betrieben berlinweit befähigt werden, durch Angebote
niedrigschwelliger
Fortbildung auf Hassbotschaften im Klassenraum bzw. am Ausbildungsplatz
angemessen zu

reagieren.

Jugendliche und junge Erwachsene müssen über weitere Unterstützungs- und Partizipationsangebote die Möglichkeit erhalten, einerseits ihre Medienkompetenz zu erhöhen

und andererseits ein vertieftes Verständnis für eine vielfältige und lebendige Stadtgesellschaft zu erhalten.

525 Die Landeszentrale für politische Bildung muss gestärkt werden, um ihrem
526 Bildungsauftrag
527 auch weiterhin gerecht werden zu können. Besonders für den Bereich der
528 Erwachsenen- und
außerschulischen Bildung braucht es noch mehr Materialien und Konzepte, um auch
die Menschen
zu erreichen, die nicht mehr zur Schule gehen.

529 **Demokratie bedeutet: Bürger*innen entscheiden ihre gemeinsamen Angelegenheiten**
530 **selbst**

531
532 Generell gilt es, alle direktdemokratischen Instrumente und den Einfluss der
533 Zivilgesellschaft zu stärken und so deutlich zu machen, dass jede Stimme zählt.
534 Dabei ist
535 aber entscheidend, dass die richtigen Instrumente zur richtigen Zeit eingesetzt
536 werden. Ein
537 Ja-Nein-Volksentscheid macht dann Sinne, wenn es in einem abgesteckten Rahmen
538 etwas zu
539 entscheiden gibt. Wir wollen Bürger*innenräte stärken, denn sie können bei
540 grundsätzlichen
541 Problemen komplexe Lösungen erarbeiten und so die Demokratie und
542 Zivilgesellschaft in den
543 Kiezen stärken. Mit der zufälligen Auswahl verschiedener Anwohnenden, bringt der
544 Bürger*innenrat unterschiedliche Menschen zusammen und stärkt die Annahme von
545 Projekten in
546 den Kiezen.

547
548 Menschen- und Minderheitenrechte dürfen niemals Gegenstand einer
549 Mehrheitsabstimmung sein.
550 Nicht nur in Ungarn lässt sich beobachten, wie von der Regierung durchgeführte
551 Volksbefragungen „von oben“ die demokratische Opposition und die
552 Zivilgesellschaft
553 schwächen. Auch die AfD hat dies erkannt und fordert auf Bundesebene konsultative
554 Volksbefragungen. Volksbefragungen und Volksabstimmungen von oben" lehnen wir ab,
555 da sie
556 erfahrungsgemäß von der jeweiligen Regierung vor allem genutzt werden, um
557 Akzeptanz für
558 problematische Vorhaben zu suggerieren, statt in einem fairen und ergebnisoffenen
559 Diskussionsverfahren die Bürger*innen zu eigener Erkenntnis und eigenen

560 Entschlüssen
561 gelangen zu lassen. Wir erwarten, dass sich die regierungstragenden Parteien,
562 wenn sie
563 direktdemokratische Absicherung begehren, auf eigene Kosten und mit denselben
564 Chancen wie
oppositionelle Gruppen um Zustimmung für ihre Positionen bemühen.

Wir wollen, dass alle Menschen selbst erleben, wie bei den besonders wichtigen Sachfragen ihre Meinungen gehört werden und sie ihre Wünsche und Sichtweisen zum gemeinsamen Leben in Freiheit beitragen können. Demokratie lebt durch Engagement und Widerstandsgeist. Die aktive Vielfalt der Berliner Zivilgesellschaft soll Missstände benennen und durch Besseres ersetzen. Ihr Gestaltungswille soll durch alle direktdemokratischen Instrumente sichtbar und wirksam werden. Dabei kommt es darauf an, zur rechten Zeit die richtigen Instrumente einzusetzen und auszubauen. Den Schutz aller Grund- und Menschenrechte vor potentiell verletzenden und diskriminierenden Volksbegehren wollen wir verstärken. Daher soll im Abstimmungsgesetzes geregelt werden, dass auch Volksbegehren unzulässig sind, die der Europäischen Menschenrechtskonvention widersprechen. Wir prüfen, wie die gesetzlichen Grundlagen für Referenden ausgestaltet werden müssen, um hohen demokratischen Standards zu genügen.

565 **Kommunale Demokratie neu beleben**

566 Wir wollen das „politisches Bezirksamt“. Die BVVen sollen das gesamte Bezirks-
567 Kollegium
568 gemäß ihrem Mehrheitswillen frei wählen. Das ordnet die politische Verantwortung
569 sinnvoll zu
570 und macht für die Bürger*innen transparent, welche Parteien und Koalitionen
exekutive Entscheidungen getroffen haben und treffen. Artikel 74 der Landesverfassung sollte schon lange entsprechend reformiert sein.

571 **Demokratie braucht Feminismus**

572 Die Rechte von Frauen, inter, nicht-binären, trans* und agender Personen (FINTA)
573 sind ein
574 Gradmesser der Demokratie, denn autokratische und diktatorische Regime
575 unterdrücken FINTA-
576 Rechte systematisch. Intersektionaler Queerfeminismus steht für Gerechtigkeit und
577 wo FINTA-
578 Rechte durchgesetzt werden, nutzt das der gesamten Gesellschaft und trägt zu mehr
579 Gleichberechtigung nicht nur zwischen den Geschlechtern bei. Deshalb setzen wir
580 uns
581 strukturell für mehr Gleichberechtigung ein: wir unterstützen die Arbeit der
Gleichstellungsbeauftragten und der Organisationen, die sich für Gleichstellung
einsetzen.
Wo FINTA selbstbestimmt leben, stärkt dies die Demokratie. Dazu gehört auch das
Recht, über
den eigenen Körper frei zu entscheiden. Das Recht auf Abtreibung gehört hier
genauso dazu,
wie die Entscheidung über die geschlechtliche Identität selbstbestimmt treffen zu
können.

582 Wir begrüßen den Vorstoß der Unabhängigen Beauftragten für Antidiskriminierung
583 des Bundes,
584 Ferda Ataman, zur Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auf
585 Bundesebene –
es ist höchste Zeit, dass sexuelle Belästigung nach dem AGG auch im Zivilrecht
verboten wird
und etwa sexuelle Belästigungen im Fitness-Studio berücksichtigt werden.

586 Antifeminismus ist der gemeinsame Nenner und eine der tragenden Säulen des
587 Rechtsextremismus. Er schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und untergräbt
588 die
589 Demokratie. Es ist deshalb keine Überraschung, dass rechtsextreme Gruppen
590 Antifeminismus
591 gezielt verbreiten und ihn als Einflugschneise für autoritäre Ideologien nutzen.
592 Dabei geht
593 es vor allem um die Vorstellung, dass in einer sogenannten 'natürlichen Ordnung'
594 einer
binärgeschlechtlichen Welt Frauen Männern untergeordnet seien. Erschreckend ist,
wie weit
inzwischen antifeministische Einstellungen verbreitet sind und auf sozialen
Netzwerken wie
TikTok an Reichweite gewinnen. Dem stellen wir uns klar entgegen – der Kampf für
FINTA-
Rechte ist der Kampf für unsere Demokratie!

595 **Aufarbeitung und Erinnerungsarbeit stärken**

596 Wir haben in Deutschland mehrfach erlebt, was passiert, wenn rassistische
597 Denkmuster nicht
598 rechtzeitig erkannt werden oder wenn Menschen sich immer weiter radikalisieren.
599 Die Morde
600 des NSU, die Anschläge von Halle oder Hanau sind mit die schlimmsten, aber nicht
601 die
602 einzigen Beispiele dafür. Die Erinnerung an die Menschen, die von Rassist*innen
603 und
604 Antisemit*innen ermordet wurden, wach zu halten, ist unser aller Aufgabe. Wir
605 sind als Staat
606 und als Bürger*innen dazu verpflichtet, diese Taten und den Umgang der
607 Ermittlungsbehörden
und der Öffentlichkeit damit aufzuarbeiten und Konsequenzen zu ziehen.
Historisches Unrecht
müssen wir überdies nachhaltig kritisch erinnern. Erinnerungs- und Gedenkstätten
sowie
Museen, die sich mit den Gräueln des NS-Terrors auseinandersetzen, historische
und
antifaschistische Bildungsarbeit leisten, wollen wir stärken. Erinnerungsarbeit
bedeutet in
Berlin zudem, die Spuren der diversen Stadtgesellschaft in den Museen und im
öffentlichen
Raum abzubilden und die Stadtgeschichte multiperspektivisch und transnational zu
erzählen.

608 Das von uns initiierte gesamtstädtische Konzept für die Aufarbeitung und
609 Erinnerung der
610 deutschen Kolonialvergangenheit ist ein Meilenstein und muss fortgeführt und
611 verstetigt
612 werden. Der Prozess der Dekolonisierung ist auch ein Prozess zur Bekämpfung von
Rassismus
heute. Er kann dabei nur im engen Dialog mit den postmigrantisch-diasporischen
Communitys
und den Nachkommen der Menschen in den ehemaligen Kolonien gelingen.

613 **Antidiskriminierungsstrukturen neu aufsetzen**

614 Von 2016 bis 2023 war Berlin mit der rot-grün-roten Koalition bundesweit
615 Vorreiterin für
616 eine progressive Antidiskriminierungspolitik. Das
617 Landesantidiskriminierungsgesetz und das
618 Landesprogramm Diversity sind dafür die bekanntesten Beispiele, die auch
619 deutschlandweit
eine Vorbildfunktion entwickelt haben. Diese Vorbildfunktion droht nun unter
Schwarz-Rot
verspielt zu werden. Dagegen stemmen wir uns mit aller Kraft - gemeinsam mit der

Zivilgesellschaft!

620 Stärkung der Demokratie bedeutet nicht nur, sich gegen alltagsrassistische und
621 rechtsextreme
622 Tendenzen zu stellen, sondern die offene Gesellschaft für alle Menschen zu
623 verteidigen,
624 Diskriminierung aktiv zu bekämpfen und Diversität zu fördern. Wir setzen uns
625 dafür ein, dass
626 Berlin eine gesamtgesellschaftliche Antidiskriminierungs- und
627 Diversitätsstrategie
628 entwickelt – unter konsequenter Einbindung von Wissenschaft ,den
629 zivilgesellschaftlichen
630 Akteur*innen, sowie den interessierten Unternehmen, ihrer Verbände und
631 Gewerkschaften. Dabei
632 müssen alle Formen von Diskriminierung – insbesondere in ihren institutionellen
und
strukturellen Dimensionen – Berücksichtigung finden. Gesellschaftliche
Handlungsfelder und
Institutionen sind kritisch zu analysieren und jeweils darauf bezogene
Antidiskriminierungs-
und Diversitätsmaßnahmen mit konkreten Bearbeitungs- und Umsetzungsempfehlungen
(weiter) zu
entwickeln. Ausgangspunkt hierfür muss dabei das bestehende
zivilgesellschaftliche Wissen
und die bestehende zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Diskriminierung sein.
Dabei ist
unsere Antidiskriminierungspolitik immer queerfeministisch und intersektional.

633 Für die Umsetzung der Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategie braucht es
634 auf Landes-
635 wie Bezirksebene klare Zuständigkeiten in überfachlicher Verantwortung und
636 Zusammenarbeit,
637 die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen und Finanzmittel und in der
Begleitung und
Evaluation ein unabhängiges Expert*innen-Monitoring. Auch in Zeiten knapper
Kassen muss
gelten: Maßnahmen gegen Diskriminierung und Ungleichbehandlung haben hohe
Priorität!

638 Zentral für eine Berliner Gesamtstrategie werden weiterhin das
639 Landesantidiskriminierungsgesetz und das Landesprogramm Diversity sein. Beides
640 sind
641 Erfolgsgeschichten aus grüner Feder. Wir wollen eine Evaluation und
642 Weiterentwicklung, damit
643 sie noch breiter Anwendung finden. Beim Landesantidiskriminierungsgesetz wollen
644 wir den

645 Schutzkreis durch die Aufnahme weiterer Diskriminierungsmerkmale erweitern und es
646 verbindlicher für die landeseigenen Unternehmen zur Anwendung bringen. Maßnahmen
647 des
648 Landesprogramm Diversity – wie die Einführung positiver Maßnahmen zur Bekämpfung
649 von
650 Ungleichbehandlung – wollen wir eine gesetzliche Grundlage geben. Die LADG-
651 Ombudsstelle muss
652 endlich personell gestärkt werden. Wir wollen, dass sie auch in der personellen
653 Ausstattung
654 als eigene Behörde nach dem Vorbild der Datenschutz- oder des Polizeibeauftragten
655 aufgestellt wird.

656
657 Der Vorschlag für eine europäische Antidiskriminierungsrichtlinie wird seit
vielen Jahren
durch Nicht-Behandlung im Rat der EU verhindert. Eine solche Richtlinie würde
umfassenden
rechtlichen Schutz vor allen Diskriminierungsmerkmalen ermöglichen und kann
Menschen, die
sich diskriminierenden Handlungen und Strukturen ausgesetzt sehen, ein wichtiges
Rechtsmittel an die Hand geben. Über unsere Mitwirkung im Bundesrat und im Bund
wollen wir
uns dafür einsetzen, dass in der nächsten europäischen Legislatur Deutschland
seine
Vorbehalte gegen eine europäische Regelung aufgibt und sich konstruktiv für eine
übergeordnete Antidiskriminierungsrichtlinie einbringt.

658 Wir stellen uns entschieden gegen jeden Antisemitismus, gegen alle Formen von
659 Rassismus und
660 Diskriminierung. Im Kampf gegen Diskriminierung gibt es weniger ein Erkenntnis-
661 als ein
662 Umsetzungsproblem. Wir wollen, dass das noch in der vergangenen Wahlperiode
663 beschlossene
664 „Berliner Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention“
665 konsequent für
666 alle Bereiche angewandt wird – und wo Schutzlücken bestehen, diese konzeptionell
667 geschlossen
668 werden. Dazu gehören insbesondere die Bereiche Bildung und Schule, Hochschule
669 sowie
670 Opferschutz und Prävention. Hier braucht es verlässliche Strukturen gegen
671 Diskriminierung,
672 die Antisemitismus besonders berücksichtigen. Die schwarz-rote Koalition verliert
673 sich hier
674 in Symboldebatten, statt die grundsätzliche Arbeit gegen Antisemitismus zu
675 stärken und
676 auszubauen. Trotz vollmundiger Ankündigungen hat die Koalition die
677 zivilgesellschaftlichen

Beratungs-, Anlauf- und Präventionsprojekte gegen Antisemitismus bislang im Regen stehen lassen. Seit dem 7. Oktober 2023 leisten sie noch einmal vermehrt Beratung und Aufklärungsarbeit an Schulen oder beraten für von Antisemitismus Betroffene als Anlaufstellen, oftmals mit immensen Überstunden oder sogar unbezahlt. Sie benötigen dringend eine Aufstockung ihrer Förderung, damit die erhebliche Mehrarbeit unterstützt und gewürdigt wird. Das Beratungs- und Empowerment-Angebot wollen wir im engen Austausch mit der Zivilgesellschaft weiterentwickeln. Dabei nehmen wir insbesondere den Umgang mit sozialer Ausgrenzung, Klassismus und Diskriminierung im digitalen Kontext, etwa im Zuge des Einsatzes von Algorithmen und Künstlicher Intelligenz, in den Blick und begegnen auch den (psycho-)sozialen und gesundheitlichen Auswirkungen von Diskriminierung systematisch.

678 Bestimmte Formen der Diskriminierung von gesellschaftlichen Gruppen haben bislang
679 zu wenig
680 Aufmerksamkeit erfahren. Hier wollen wir Erkenntnislücken durch Studien und den
681 Berlin
682 Monitor schließen – und zivilgesellschaftliche Empowerment- und
683 Beratungsstrukturen
684 einrichten. Dazu gehören asiatisch gelesene Menschen oder bisexuelle
685 Berliner*innen. Hinzu
686 kommen Programme, die besonders marginalisierte Gruppen stärken, wie der
687 Aktionsplan zur
688 Einbeziehung ausländischer Rom*nja oder die Initiative geschlechtliche und
689 sexuelle Vielfalt
(IGSV). Wir erwarten vom Senat auch ein stärkeres und entschiedeneres Handeln gegen
Rassismus. Dazu fordern wir die zeitnahe Einsetzung eine*r Beauftragten gegen
Antiziganismus
sowie die Schaffung der Stelle einer*eines Beauftragten gegen antimuslimischen
sowie gegen
anti-Schwarzen Rassismus. Außerdem fordern wir die zeitnahe und
senatsübergreifend
koordinierte Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Expert*innenkommission
Antimuslimischer
Rassismus, wie z.B. die Abschaffung des Neutralitätsgesetzes.

690 Wir wollen die Antidiskriminierungsarbeit stärker horizontal ausrichten und
691 intersektional
692 um neue gesellschaftliche Handlungsfelder erweitern. Mit der Fachstelle gegen
693 Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt „FairMieten – FairWohnen“ haben wir

694 Bündnisgrüne dafür
695 in der letzten Wahlperiode ein Modellprojekt etabliert. Eine entsprechende
696 Forschungs-,
697 Dokumentations- und Beratungsstelle fordern wir nun auch für den Gesundheits- und
Pflegebereich, für den Hochschul- und Wissenschaftsbereich und für den Bereich
der KI-
Anwendungen ein. Zudem muss endlich die zivilgesellschaftliche Forderung nach
Einrichtung
einer „Unabhängigen Beschwerdestelle gegen Diskriminierung an Schule“ (UBS)
erfüllt werden.

698 Die Ziele der „UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft“ müssen auch über
699 2024 hinaus
700 verstetigt und umgesetzt werden. Wir fordern die Verlängerung des
701 Umsetzungszeitraums dieser
702 Dekade, die aufgrund von coronabedingten Einschränkungen nicht vollends
703 ausgeschöpft wurde.
Der Maßnahmenplan aus dem zivilgesellschaftlich getragenen Konsultationsprozess,
insbesondere die Einrichtung eines Studiengangs Black European Intersectional
Studies, muss
umgesetzt werden.

704 Mit über 600.000 Berliner*innen in den Sportvereinen der Stadt kommt dem
705 organisierten Sport
706 im Kampf gegen Diskriminierung eine besondere Bedeutung zu. Mit Kampagnen gegen
707 Rassismus
708 und Antisemitismus, Handlungsempfehlungen für Vereine gegen Diskriminierung oder
709 auch den
710 Programmen für Integration und Inklusion leisten Vereine und Verbände einen
711 wichtigen
712 Beitrag. Auch das geplante "Pride House Berlin" während der gesamten Fußball-EM
713 zeigt, was
714 der organisierte Sport für mehr Akzeptanz bewegen kann. Nicht erst seitdem als
715 Folge des 7.
716 Oktober der jüdische Verein Makkabi Berlin in mehreren Berliner Sportarten
717 Spieltage absagen
718 musste, weil Sorgen um die Sicherheit der eigenen Sportlerinnen und Sportler
719 bestand ist
720 klar: Auch im Sport ist Diskriminierung jeglicher Art noch immer an der
721 Tagesordnung.
722 Dass sich viele Menschen auch in einigen Sportvereinen nicht sicher und wohl
723 fühlen können,
724 können wir nicht hinnehmen.

725
Es braucht Strukturen und geschulte Anlaufstellen in Vereinen und Verbänden, an
die sich

Betroffene auf der Suche nach Unterstützung vertraulich wenden können, wie es sie bereits für den Kinderschutz im organisierten Sport teilweise gibt. Zudem fordern wir, dass die Berliner Sportverbände in Zusammenarbeit mit Betroffenen und Engagierten Konzepte zur Bekämpfung von Diskriminierung in allen Bereichen beitragen. Hierzu gehören geschulte Ansprechpartner*innen für Betroffene und Zeug*innen von diskriminierenden Vorkommnissen, verpflichtende Schulungen und Sensibilisierung für Multiplikator*innen aus den Vereinen, eine möglichst vielfältige Personalsuche in Führungspositionen, barrierearme Sportangebote und Sportstätten sowie eine öffentliche und transparente Berichterstattung über den Fortschritt der Maßnahmen.

726

727 **Die Verteidigung der Demokratie: eine Aufgabe für die ganze Gesellschaft!**

728 Wir wissen, um unser aller Demokratie zu verteidigen, braucht es ein Bündel von
729 Maßnahmen.
730 Jede*r von uns steht in der Pflicht, sich für unsere freiheitlich-demokratische
731 Grundordnung einzusetzen: auf der Straße, am Arbeitsplatz, in der Schule, im Sportverein –
732 aber auch in der Politik und der Verwaltung. Berlin ist eine weltoffene Stadt, die von der
733 Vielfalt der Menschen lebt. Die Attraktivität Berlins für Menschen aus aller Welt ist zudem
734 wesentlich für unsere Arbeits- und Fachkräftesicherung, für Innovation, für unsere sozialen
735 Sicherungssysteme und damit für unseren Wohlstand. Wir bekennen sich klar zu
736 dieser Vielfalt und stellen uns rechtsextremen Strukturen entgegen. Nur ein sicheres Berlin für alle ist ein gerechtes Berlin.